



Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur • 11030 Berlin

Frau
Dr. Kirsten Tackmann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Datum: Berlin, 28.07.2017
Seite 1 von 1

Dorothee Bär, MdB

Parlamentarische Staatssekretärin
beim Bundesminister für Verkehr
und digitale Infrastruktur

HAUSANSCHRIFT
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

POSTANSCHRIFT
11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2300
FAX +49 (0)30 18-300-2319

psts-b@bmvi.bund.de
www.bmvi.de

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Frage Nr. 139/Juli:

Wie will die Bundesregierung, angesichts der bisherigen Erfahrungen beim schleppenden Breitbandausbau, vor allem in den ländlichen Räumen, ihr Ziel eines flächendeckenden 5G-Netzes erreichen und welche Rolle spielt dabei aus ihrer Sicht ein gesetzlich verankerter Auftrag als flächendeckende Daseinsvorsorge (universelle Dienstleistung)?

beantworte ich wie folgt:

Am 12.07.2017 hat die Bundesregierung ihre „5G-Strategie für Deutschland“ beschlossen, die Maßnahmen in fünf Aktionsfeldern enthält und auf der 5G-Initiative des BMVI vom 27.09.2016 aufbaut. Die 5G-Strategie setzt wichtige Impulse für die Einführung von 5G in Deutschland und Europa und unterstützt das Ziel, Deutschland zum Leitmarkt für 5G-Anwendungen zu machen.

Eine Universaldienstverpflichtung kann kein Treiber des 5G-Netzrollouts sein. Der Universaldienst dient lediglich dazu, eine Grundversorgung mit Übertragungsdiensten zur Vermeidung sozialer Ausgrenzung zu gewährleisten. Auch die EU-Kommission hat im Rahmen der laufenden Überarbeitung der europäischen Rechtsvorgaben deutlich gemacht, dass der Universaldienst kein Mittel zum Breitbandausbau ist.

Mit freundlichen Grüßen

